

Härtel, Hans-Hagen

**Article — Digitized Version**

## Eureka - mehr als ein Symbol?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Härtel, Hans-Hagen (1985) : Eureka - mehr als ein Symbol?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 65, Iss. 11, pp. 538-539

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136093>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## Eureka – mehr als ein Symbol?

Europas Staatsmänner versuchen auf vielen Gebieten, neue Initiativen zur Harmonisierung der Wirtschaftspolitik zu starten, wobei allerdings in ihren Erklärungen ein kras- ses Mißverhältnis zwischen den großen Visionen und Verheißungen und den dürren Hinwei- sen auf das Ziel und den Weg des neuen Anlaufs besteht. So auch im Kommuniké der Kon- ferenz von Hannover über die Eureka-Initiative, bei dessen Lektüre sich nicht nur Abgeord- nete des Bundestages an das Märchen von des Kaisers neuen Kleidern erinnert fühlen. Noch scheut man sich, des Kaisers Nacktheit auszusprechen. Aber sicherlich ist der Kreis derjeni- gen groß, die den Enthusiasmus nicht teilen, mit dem eine europäische Technologiegemein- schaft anvisiert wird. Zu viele Europa-Initiativen sind bereits steckengeblieben und zu im- mens sind die Kosten, die den europäischen Bürgern durch die gemeinsame Agrarpolitik und die Stahlpolitik auferlegt wurden. Die verführerische These, es gehe bei Eureka nicht um Er- haltung, sondern um Gestaltung, nicht um schlechte, sondern um gute Subventionen, ver- mag die Skepsis nicht zu zerstreuen. Auch die europäische Agrar- und Stahlpolitik hatte am Anfang einen progressiven Anstrich. Es ist nicht kleinliches oder kleinmütiges Nörgeln, wenn man auf der Frage insistiert, was denn die Substanz dieser neuen Unternehmung sei.

Nach den Vorstellungen seiner Initiatoren soll Eureka die Produktivität und Wettbewerbsfä- higkeit der europäischen Volkswirtschaften auf den Weltmärkten dadurch steigern, daß die Ressourcen zur Entwicklung von hochtechnologieintensiven Produkten, Systemen und Diensten durch Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen gebün- delt werden. Gegen dieses Ziel ist nichts einzuwenden. Die kritische Frage ist jedoch, was dazu von staatlichen Instanzen getan werden kann und soll. Sie wird nicht nur innerhalb Euro- pas, sondern auch innerhalb der Bundesrepublik unterschiedlich beantwortet, und zwar auch innerhalb der deutschen Wirtschaft.

Eine rationale Diskussion wird freilich dadurch erschwert, daß Eureka von einigen Politi- kern als Konkurrenzunternehmen zum amerikanischen Rüstungsprojekt SDI eingebracht wurde. Die Konfusion entsteht, weil man in der technologiepolitischen Diskussion nicht strikt zwischen Forschungsaufträgen unterscheidet, die der Staat an Unternehmen oder For- schungseinrichtungen vergibt, weil er die Ergebnisse zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt, und den staatlich geförderten Forschungsprojekten, die den Unternehmen das Wissen zur Entwicklung von neuen Produkten und Produktionstechniken liefern. Es ist selbstverständ- lich, daß z. B. die Militärforschung oder die Erforschung von Meßtechniken zur Erfassung von Umweltschäden Sache des Staates und von ihm zu finanzieren ist. Soweit der Staat dabei Aufträge an Unternehmen vergibt, handelt es sich um einen Kauf von Dienstleistungen, nicht dagegen um eine Subvention. Solche Forschungsprojekte sind auch nicht primär unter tech- nologiepolitischen Gesichtspunkten zu bewerten, sondern nach ihrem jeweiligen staatspoliti- schen Zweck. Die Technologiepolitik kommt in der Rüstungsforschung nur insoweit ins Spiel,

als zweckmäßigerweise die Forschungsprojekte so zugeschnitten werden, daß sie auch möglichst viel Nutzen für die Produktion ziviler Produkte abwerfen, damit die Last der Rüstungsausgaben durch Erträge aus der zivilen Produktion gemindert wird. Und es ist nur fair, wenn das Nutzungsrecht an dem neuen Wissen, soweit es überhaupt exklusiv bleibt, dem Land zusteht, das die Militärforschung finanziert.

Eureka unterscheidet sich von SDI nicht in erster Linie darin, daß es zivilen Zwecken dient, sondern daß es primär auf Forschungsprojekte für Unternehmen statt auf Forschungsprojekte für den Staat gerichtet ist. Was bei SDI nur als Nebenprodukt anfällt, ist bei Eureka die Hauptsache. Daraus resultieren auch die Unbestimmtheit dieser Initiative und der offene und latente Streit um die Modalitäten der Auswahl und Finanzierung der Projekte.

Die Wurzel der Eureka-Initiative ist die Furcht, daß Europa gegenüber den USA und Japan in einen immer größeren technologischen Rückstand und in immer größere Abhängigkeit gerate. Die Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit bei technologieintensiven Produkten besteht jedoch auch in den USA und in Japan. Und zumindest die deutsche Wirtschaft bestreitet, daß ein technologischer Rückstand existiere, wenn man von Teilbereichen absehe, die es bei internationaler Arbeitsteilung immer geben wird. Die Initiatoren von Eureka können auch nicht jene Ökonomen als Kronzeugen anrufen, die unter dem Schlagwort „Eurosklrose“ einen Rückstand Europas gegenüber den USA und Japan diagnostizieren. Denn von diesen Ökonomen wird das Manko Europas nicht in einem Defizit an Forschungsaufwendungen, an Erfindungen und Patenten oder an Produkten mit technischer Spitzenqualität gesehen, sondern in dem Mangel an Fähigkeit und Bereitschaft, überkommene Institutionen und Regelungen sowie die davon geprägten Verhaltensweisen an die binnen- und außenwirtschaftlichen Änderungen anzupassen. Dieses Manko, das sich auch darin äußert, daß europäische Unternehmen weniger als ihre japanischen oder amerikanischen Konkurrenten in der Lage sind, technisches Wissen in Markterfolge umzusetzen, ist durch institutionelle Reformen und durch ein innovationsfreundliches Steuersystem, nicht aber durch eine staatliche Injektion von Forschungssubventionen in die Wirtschaft zu heilen.

Die Bundesregierung vertritt im Prinzip ebenfalls die Linie, es sei Sache der Unternehmen, die Forschungsprojekte, die sie für aussichtsreich halten, in eigener Verantwortung zu planen und durchzuführen, den Kreis der Beteiligten zu bestimmen, aber auch die Finanzierungskosten zu tragen. Sie muß sich dann aber mit Recht fragen lassen, warum man dazu Eureka braucht, da doch transnationale Kooperationen seit Jahr und Tag zum europäischen Alltag gehören. Welche Hemmnisse gibt es im Hochtechnologiebereich, die den europäischen Unternehmen die Kooperation wesentlich erschweren? Sicherlich können nicht die einschränkenden Vorschriften des nationalen und europäischen Kartellrechts gemeint sein.

Ein weitergehendes, wirtschaftspolitisches Interesse an Eureka haben vor allem die Franzosen, die auch die Diskussion von Anfang an auf den nervus rerum brachten, nämlich auf die Bereitstellung staatlichen Geldes und damit auf das Recht des Staates, die Auswahl der Projekte zu bestimmen. Sofern die Regierungen anderer Länder mit den industriepolitischen Vorstellungen der französischen Regierung übereinstimmen, mag eine Institution zur Koordination sinnvoll sein, die die Produktionsvorhaben sowie die Beteiligung der Regierungen und Unternehmen abstimmt, so wie dies auch ohne Eureka seit langem in der Luft- und Raumfahrtindustrie geschieht. Soweit aber die Regierung eines Landes dem marktwirtschaftlichen Prinzip verpflichtet ist, nach dem die Gewinnung und bestmögliche Verwertung von Wissen dem Wettbewerb anzuvertrauen sind, darf sie sich nicht darauf einlassen, zumal sie dadurch einen Teil der Wettbewerber gegenüber den übrigen Wettbewerbern begünstigt. Diese Position unterscheidet sich grundsätzlich von jenem Merkantilismus, der Wettbewerb, auch Wettbewerb innerhalb Europas, nur so lange zuläßt, wie die europäischen Unternehmen dabei siegreich bleiben.

Es würde die Erfolgsaussichten der Eureka-Initiative begünstigen, wenn man sie nicht mit dem Streit um die industriepolitischen Strategien belastet. Die Koordination der staatlichen Grundlagenforschung und der Vergabe von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen durch den Staat und durch staatliche Unternehmen wäre immer noch eine lohnende Aufgabe.